

Die WASG – Berlin lehnt eine diskriminierende und ausgrenzende Migranten - und Asylpolitik ab. Nicht die Migranten sind das Problem, sondern die Weigerung der etablierten Parteien, Einwanderung als erwünscht anzusehen und diese entsprechend zu unterstützen.

Gleiche Rechte für alle!

Heute leben etwa 7 Millionen Migranten in Deutschland, die Hälfte von ihnen Frauen. Die meisten Migranten sind aufgrund des Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisverfahrens staatlichen Verunsicherungen, Diskriminierungen und Repressionen ausgesetzt. Die WASG setzt sich für eine nachhaltige Nichtdiskriminierungspolitik und für die Verabschiedung eines Nichtdiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetzes für Migranten ein. Wir halten es auch für notwendig, dass es ein Niederlassungsrecht gibt, welches Migranten für eine vernünftige Lebensplanung Sicherheit und Perspektive bietet.

Die Akzeptanz der Mehrstaatlichkeit ist ein Grundpfeiler eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts. Es erfordert die grundlegende Revision des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, das nach wie vor auf dem Abstammungsprinzip basiert und sich auf das Geburtsrecht in Verbindung mit langjährigem Aufenthalt gründet. Besonders Frauen mit Migrationshintergrund muß die Erlangung der staatsbürgerlichen Rechte gleichberechtigt ermöglicht werden, um bestehende Abhängigkeitsverhältnisse, die durch die aktuelle Praxis und Gesetzeslage konsolidiert werden, aufzuheben.

Die Lebenssituation von Flüchtlingen muss erheblich verbessert werden. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und die Reduzierung der Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind abzuschaffen.

Integration bedeutet Chancengleichheit!

Integration ist auch Aufgabe der aufnehmenden Gesellschaft und mehr als ein verordneter Erwerb von Sprachkenntnissen. Integration bedeutet für Migranten vor allem umfassende Teilhabe am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben, die die deutsche Mehrheitsgesellschaft gewährleisten muß. Die Wahlalternative will Chancengleichheit für alle, unabhängig von nationaler Zugehörigkeit.

Tatsache ist, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, trotz des Bonus der Zweisprachigkeit, objektiv schlechtere Ausbildungschancen haben. Die Ursachen dieser Bildungsmisere sind vielfältig und beginnen für viele schon in vorschulischer Zeit. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unter den Haupt- und Sonderschulabsolventen ist überproportional hoch. Für den Zugang zu Ausbildung und qualifizierter Erwerbstätigkeit hat der formale Schulabschluss aber eine zentrale Bedeutung. Daher fordern wir gezielte Förderprojekte für Schüler mit Migrationshintergrund und beschäftigungsfördernde Maßnahmen für Migranten und Flüchtlinge.

Integrationsfeindlich sind nicht nur staatliche Regelungsmechanismen, sondern vor allem rassistische, rechtsextremistische, nationalistische und wohlstandschauvinistische Tendenzen in unserer Gesellschaft. Die Wahlalternative will in allen Bereichen der Gesellschaft dagegen kämpfen und die Probleme der Migranten als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Politik ins Parlament hineinbringen.

Kein Mensch ist illegal !

Das neue Zuwanderungsgesetz ist ein Begrenzungs- und Sicherheitsgesetz. Der nach der Genfer Flüchtlingskonvention längst fällige und inzwischen angenommene Schutz nicht staatlich Verfolgter wird durch die Drittstaatenregelung relativiert. Auch die Lage der „geduldeten“ Migranten wird sich mit dem neuen Zuwanderungsgesetz nicht

verbessern; im Falle der Kettenduldungen sogar massiv verschlechtern. Abschiebungen sind an der Tagesordnung.

Die WASG setzt sich dafür ein, dass der Artikel 16 des Grundgesetzes, das Recht auf Asyl, Kernelement eines demokratischen Staates ist. Wir wollen, dass Duldungen in dauerhafte Niederlassungsberechtigungen umgewandelt werden. Wir wollen, dass Menschen durch qualifizierte und angemessen bezahlte Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Die aktuelle Beschäftigungspolitik treibt immer mehr Menschen in Abhängigkeit und Illegalität. Kein Mensch ist illegal!

Kampf dem Rassismus!

Rassismus ist kein gesellschaftliches Randphänomen, sondern geht vom Zentrum der Gesellschaft aus, er wurzelt im Selbstverständnis der Mehrheitsgesellschaft und damit in den herrschenden Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnissen.

Wir sind für demokratische Partizipation von Migranten in jedem Lebensbereich. Wir brauchen keine Dominanzkultur, sondern wir bejahen kulturelle Vielfalt. Ein Grundpfeiler unserer Politik ist die Vision von einer solidarischen Gesellschaft, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann. Die Berliner WASG ist Teil der Bewegung gegen Antisemitismus und Rassismus und wird dies in Parlamenten und auf den Strassen zum Ausdruck bringen.

Darum am 18. September:

Linkspartei wählen und bei der WASG mitmachen!